

SÄCHSISCHE ZEITUNG*

DRESDENS MEISTGELESENE TAGESZEITUNG. GEGRÜNDET 1946.

MITTWOCH, 3. JANUAR 2024 DRS

1,90 EURO



Axel Schulz' neue Box-Hoffnung

Es geht um eine deutsche Sensation im Schwergewicht. **► Sport**



Mütterrente auch für Väter

Wie es geht und was es bringt – der Experten-Tipp. **► Leben & Stil**



Macht Saftfasten wirklich schlank?

Warum es nicht für jeden Körper geeignet ist. **► Leben & Stil**

Fotospicture alliance/Imago Images

Krankenhäuser melden Geburtenrückgang

Dresden. In der Landeshauptstadt sind 2023 erneut weniger Kinder zur Welt gekommen. Die vier Krankenhäuser mit Geburtenstationen melden für das vergangene Jahr insgesamt 5.777 Babys, die dort zur Welt kamen. Das entspricht einem Rückgang um zehn Prozent. Zum Vergleich: 2022 waren es noch 6.325 Neugeborene. Ein Grund für die Entwicklung ist der Rückgang an Frauen im gebärfähigen Alter. Dieser Trend soll in den kommenden Jahren zunächst anhalten und ist eine Folge des Geburtenknicks in den 90er-Jahren.

Am Universitätsklinikum, das auf Mehrlingsgeburten spezialisiert ist, wurden 80 Zwillingsgeburten und eine Drillingsgeburt gezählt. Was die Geschlechterverteilung angeht, so waren Jungen (1.203) etwas stärker vertreten als Mädchen (1.062). Am Uniklinikum sind insgesamt 149 Babys weniger gezählt worden. (SZ)

Immobilienpreise sinken in Sachsen auf breiter Front

Die Mondpreise der letzten Jahre für Wohneigentum bröckeln weiter. Es gibt aber eine Ausnahme.

VON MICHAEL ROTHE

Dresden. Nach jahrelangem Anstieg in teils schwindelerregende Höhen sind die Immobilienpreise auch in Sachsen im Sinkflug. Laut Erhebung des Immobilienportals ImmoWelt.de ist Wohneigentum in Dresden derzeit im Schnitt um 8,4 und in Chemnitz um 11,5 Prozent günstiger als vor einem Jahr. Dort ist der Quadratmeter für 2.461 bzw. 1.569 Euro zu haben. Trotz des Rückgangs seien die Preise aber um fast 20 Prozent höher als vor fünf Jahren, heißt es.

Datenbasis sind auf ImmoWelt.de inserierte Angebote für Bestandswohnungen: 75 Quadratmeter, 3 Zimmer, 1. Stock, Baujahr 1990er-Jahre. Demnach sind diese

Preise bundesweit in 71 von 75 deutschen Großstädten zum Teil deutlich gefallen; der Einbruch in Chemnitz ist nach Heidelberg (minus 15,8 Prozent) der zweitgrößte.

Leipzig hingegen gehört zu vier Standorten, in denen Wohneigentum teurer wurde. Dort kletterte der Quadratmeterpreis um drei Prozent auf 2.530 Euro. Im Fünf-Jahresvergleich verzeichnet die Messestadt mit 47 Prozent den bundesweit größten Anstieg. Daten zu Kreisstädten liegen nicht vor.

„Die Auswirkungen der höheren Bauzinsen sind nun ganz deutlich auf dem Markt sichtbar“, sagt ImmoWelt-Chef Felix Kusch. Die Finanzierung einer Immobilie sei schwerer geworden, „sodass viele Ein-

kommenschichten vom Kauf ausgeschlossen sind“. Die Vermarktung sei so deutlich schwieriger geworden. „und das drückt spürbar die Preise am Markt“, so Kusch. Zum Vergleich: In München, Deutschlands teuerster Stadt, werden „nur“ noch 8.191 Euro pro Quadratmeter aufgerufen nach 8.775 Euro im vorigen Dezember.

Laut Sachsens amtlichem Grundstücksmarktbericht, der unlängst vorgestellt wurde, sank 2022 die Zahl der Transaktionen um 13 und ihr Volumen um zehn Prozent.

Der von ImmoWelt.de vermeldete Trend deckt sich mit Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Die Immobilienpreise sind erstmals seit 2010 gesunken“ heißt es dort.

Baugrundstücke, Eigenheime und Eigentumswohnungen in gut 150 Städten seien im Schnitt um zwei Prozent günstiger als im Vorjahr. Zugleich seien die Mieten seitdem weiter gestiegen: um drei Prozent. „Bis 2022 gab es eine spekulative Preisblase in Deutschland, eine der größten in den letzten 50 Jahren. Seitdem fallen die Preise. Die Blase ist geplatzt“, sagt Konstantin Kholodilin vom DIW.

Wegen des noch immer hohen Niveaus fordert er die Politik auf, den Wohnungsbau anzukurbeln. Vorschriften sollten entschlackt, Genehmigungsverfahren forciert werden. Seit 17 Monaten brechen die Zahlen ein. Bis Oktober wurden 79.300 Wohnungen weniger genehmigt als 2022.

KOMMENTAR

Geld löst nicht jedes Problem



KARIN CHRISTMANN über Sozialstaat und Bürgergeld

Der Minister gibt sich hart, die Opposition noch härter. Hubertus Heil will Job-Verweigerer mit einem Komplettenzug des Bürgergeld-Regelsatzes strafen, die CSU fordert mehr: Nicht nur für zwei Monate, sondern unbegrenzt soll die Sanktion gelten.

Dieses Spiel lässt sich noch einige Runden spielen. Wichtiger wäre es, aufs Grundsätzliche zu schauen. Wenn ein Mensch in misslicher Lebenssituation um Hilfe bittet, welche Frage soll der Staat stellen? Lautet sie: Wie können wir helfen, was können wir zahlen? Oder lautet sie: Wie kannst du dir selbst helfen, und welche Unterstützung brauchst du dafür?

Wo die einen fürchten, der Staat lasse sich ausnehmen, sehen die anderen die Menschenwürde in Gefahr, sobald von Kürzungen die Rede ist. Die Reaktionen zeigen, wie selbstverständlich für manche Antwort Nummer eins geworden ist: die Idee, der Staat solle allzeit bereitwillig mit Geld aushelfen.

Der Juso-Vorsitzende Philipp Türmer ist sich für Reizwörter nicht zu schade und sagt, es sei nicht vertretbar, „Menschen als Sanktion hungern zu lassen“. Dabei geht es doch um den Fall, dass Betroffene konkret die Möglichkeit haben, ein Jobangebot anzunehmen und so für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen. Wann, wenn nicht dann, soll der Staat die Menschen auf ihre eigenen Gestaltungsmöglichkeiten verweisen?

Doch offensichtlich ist nicht einmal ein solcher Kernbereich der persönlichen Eigenverantwortung derzeit politisch konsensfähig. Wer die Menschen nicht mehr darin ernst nehmen will, dass sie für ihr Leben selbst Verantwortung tragen, dem bleibt tatsächlich nur, jedes Problem mit Geld zu bewerkstelligen. Ein moderner Sozialstaat, getragen von einer breiten Mehrheit der (arbeitenden) Bevölkerung, lässt sich so nicht bauen.

mail sz.politik@saechsische.de

Erneuter Anstieg der Elbe erwartet

Dresden. Regenfälle werden die Elbe in Sachsen wieder steigen lassen. Davon geht das Landeshochwasserzentrum aus.

Am Pegel in Dresden sind am Dienstagmorgen 4,15 Meter gemessen worden. Damit galt die Alarmstufe 1. Den neuen Prognosen zufolge soll der Wasserstand bis zum Donnerstagmittag auf 4,76 Meter steigen, in der Nacht zum Freitag auf über fünf Meter. Somit müsste in der Landeshauptstadt abermals in nur zwei Wochen die Alarmstufe 2 ausgerufen werden. In Schönau wird am Donnerstagabend ein Wasser-

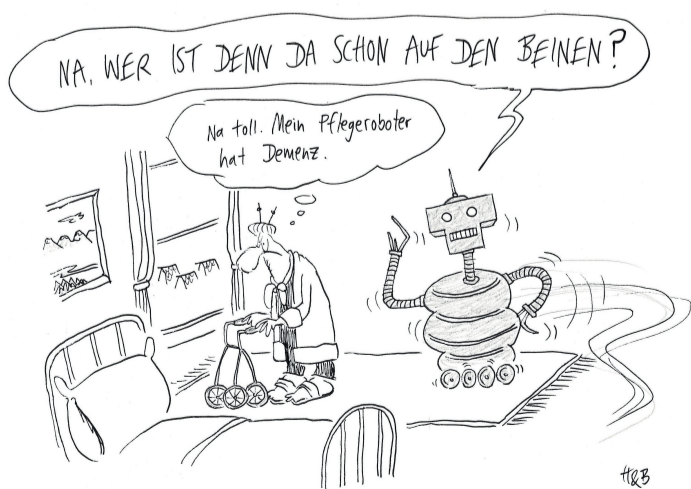
stand von 4,84 Metern erwartet, in Riesa von 5,56 Metern – Tendenz steigend.

Verantwortlich für den Wiederanstieg ist ein Tief über den Britischen Inseln. Am Mittwoch und den Folgetagen rechnet das Hochwasserzentrum im Einzugsgebiet der Elbe mit schauerartigem Regen. Allein für Mittwoch werden gebietsweise 20 Liter pro Quadratmeter erwartet. Hinzu kommt geschmolzener Schnee, der zuvor in den Berglagen des Erzgebirges und des Riesengebirges fiel. Zwischen Montag und Dienstagmittag waren im tschechischen Ein-

zugsgebiet der Elbe bereits zehn Liter pro Quadratmeter zusammengekommen.

Die Vorhersagen sind noch mit Unsicherheiten behaftet und werden in den nächsten Tagen präzisiert, sagt Uwe Büttner vom Landeshochwasserzentrum. Bereits nach Weihnachten waren die Prognosen unsicher und traten am Ende nicht ein. In Dresden blieb der Wasserstand unter den anfänglich vorhergesagten sechs Metern. Grund für die Unsicherheit sei die Kombination aus Regen und Schneeschmelze gewesen, so Büttner. (SZ/sr)

KARIKATUREN DES JAHRES



Zeichnung: Hauck&Bauer

Die besten Karikaturen vom 24. Deutschen Karikaturenpreis finden Sie im Katalog (19,90 € in allen DDV-Lokalen und unter www.ddv-lokal.de). Die Ausstellung im Haus der Presse Dresden: täglich von 10 bis 18 Uhr.



AUCH DAS GIBT'S

Silversternacht im Not-Biwak

Mühdorf. Ein Paar aus Berlin musste die Silvesternacht bei Kälte und schlechtem Wetter in den österreichischen Bergen im Freien verbringen. Der 26-jährige Mann und seine 39-jährige Freundin seien in Kärnten auf einer hochalpinen Wanderung gewesen, hätten wegen Schneefalls und starkem Wind aber nicht wie erhofft eine Schutzhütte auf 2.287 Metern erreicht, berichtete die Polizei. Sie hätten auf etwa 1.850 Metern ein Notbiwak eingerichtet. Für ein Notbiwak suchen Wanderer in der Regel eine geschützte Stelle am Berg und versuchen, sich mit mitgebrachtem Material vor Kälte und Wetter zu schützen. Das Wetter sei aber immer schlechter geworden, deshalb hätten die beiden um 3 Uhr einen Notruf abgesetzt. Bergretter stiegen zu Fuß auf und retteten das Paar schließlich. Beide blieben unverletzt. (dpa)

Gewerkschafterin findet Lokführer unsolidarisch

Dresden. Kein Neid auf Claus Weselsky: Die streikfreudige Lokführergewerkschaft GDL ist aus Sicht einer führenden ostdeutschen Gewerkschafterin „eher ein Interessenverband“. Im SZ-Interview sagt Stephanie Albrecht-Suliak, seit drei Monaten Leiterin des Landesbezirks Nordost der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), was sie an der GDL stört. Sie wünscht sich mehr Solidarität. Albrecht-Suliak ist zuständig für Beschäftigte in Kraftwerken, Chemie- und Mikrochipfabriken. Beim Kohle-Ausstieg pocht sie darauf, bis 2038 zu warten. Für die Halbleiterbranche möchte sie erstmals einen Flächentarifvertrag und hofft auch auf die neuen Mitarbeiter von TSMC. (SZ/mz) **► Wirtschaft**

Schon 747.034 Euro für Lichtblick gespendet. Danke.

Dresden. Zum 28. Mal sammelt die Stiftung Lichtblick in diesem Winter wieder Spenden für Menschen in Ostsachsen, die unverschuldet in Not geraten sind. Inzwischen sind bereits 747.034,32 Euro von 8.509 Spendern zusammengekommen. Falls auch Sie spenden wollen:

■ Spendenkonto: Stiftung Lichtblick, Ostsächsische Sparkasse Dresden, IBAN: DE88 8505 0300 3120 0017 74 www.lichtblick-sachsen.de

Wir sind für Sie da! So erreichen Sie die Sächsische Zeitung

Der **Abonentenservice** hilft bei allen Fragen rund um die Zustellung. Telefon 0351 48642107

Die **Redaktion** freut sich über Ihre Anregungen, Tipps, aber auch Kritik. Telefon 0351 48642273

Das **Anzeigenteam** nimmt Ihre privaten Kleinanzeigen entgegen. Telefon 0351 840444

*Die Sächsische Zeitung

ist ein Produkt der **DDV MEDIENGRUPPE**